



SHOBHA / CONTRASTO

FOTO-TABLEAU: ASPHALT-TURF 3/5

Es braucht nicht viel Phantasie, um sich vorzustellen, was der Galopp auf hartem Asphalt mit den empfindlichen Läufen des Pferdes anrichtet, wie schnell es auf dem glatten Grund rutschen und stürzen kann. Die Tiere, welche die Fotografin Shobha bei illegalen Strassenrennen in Palermo aufnahm, werden vor dem Start oft derart mit Schmerz- und Dopingmitteln vollgepumpt, dass ihr Fleisch nicht mehr konsumierbar ist, wenn sie verletzt oder zuschanden geritten ins Schlachthaus kommen.

www.nzz.ch/tableau

ZUSCHRIFTEN VON LESERINNEN UND LESERN

Zweifel an Kompetenz in der Gripen-Debatte

In der Mediendiskussion um die Kampfjetbeschaffung wird wieder einmal mehr offenbar, wie defaitistische Kräfte in unserem Land fatalerweise im Zentrum der Macht wirken. Erstens ist es erschreckend, dass eine erklärte Armeegegnerin wie die SP-Nationalrätin Evi Allemann überhaupt Einsitz in der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrats hat und damit unser aller Schicksal mitbestimmt. Zweitens hinterlassen ihre Bestrebungen, aus der Diskussion um den Gripen politisches Kapital zu schlagen und die Erneuerung unserer Luftwaffe grundsätzlich zu torpedieren, den schlechten Eindruck, dass sie als Nationalrätin den Verfassungsauftrag der Landesverteidigung missachtet. Drittens ist es beunruhigend, wie unbedarft und naiv sie davon ausgeht, dass – nach dem Beispiel von Österreich – im Ernstfall auch ein paar veraltete Flieger unser Land beschützen könnten.

Edit Seidl, Winterthur

In der ganzen Gripen-Diskussion staune ich über das kaufmännische Unvermögen unserer Parlamentarier aller Couleur. Da wird ein für unsere Sicherheit offenbar geeignetes und auch noch finanzierbares Kampfflugzeug offeriert, das erst auf dem Reissbrett existieren soll und sich noch in weiterer Entwicklung befindet. Warum schliesst die Schweiz mit dem Staat Schweden, der ja das ganze Projekt garantieren will, nicht einen Optionsvertrag ab? Das könnte heissen: Wir unterstützen die weiteren Entwicklungskosten von Saab im Joint-Venture-Verfahren und ziehen, falls das Flugzeug bei der Auslieferung nach unseren Vorstellungen wirklich dem Projektziel entspricht, finanziell Profit aus dem Verkauf der Schwedenfirma in die ganze Welt. Was unserer Kosten-Nutzen-Rechnung entspricht, dürfte auch für viele andere Länder gelten. Jeder Optionsvertrag umfasst auch eine Ausstiegsklausel, sollte das Projektziel nicht erreicht werden.

Werner Humbel, Oberengstringen

Die Aussagen von SVP-Nationalrätin Andrea Geissbühler zum Gripen-Kauf (NZZ 10. 2. 12) dürfen nicht ohne Wi-

derspruch bleiben. Tatsachen sind: Moderne Hochleistungskampfflugzeuge von heute sind zweimotorig, nicht wegen der Triebwerke, sondern wegen der wesentlich höheren Fähigkeit, nach Beschuss weiterfliegen zu können, Kriegserfahrungen zeigen das deutlich. Sodann: Leider wird wiederum Aussenpolitik mit Innenpolitik, mit Wehrpolitik, mit parteipolitischem Kalkül vermischt vorgetragen. Ob wir uns mit den aufgeführten Ländern wie Schweden, Ungarn oder Südafrika messen wollen? Immerhin sagte der Departementvorsteher Maurer gleich nach seiner Wahl zum Bundesrat, er wolle die beste Armee der Welt, also auch die beste Luftwaffe der Welt. Ich kenne da andere als die aus den genannten Ländern, ohne herablassend sein zu wollen. Besonders interessiert mich aber, woher Frau Geissbühler weiss, dass Nicolas Sarkozy im Rahmen seiner Wahltaktik das Rafale-Angebot habe nachbessern lassen. Ich denke, dass die Kampfflugzeugbeschaffung der Schweiz für ihn keine Rolle spielt.

René Meier, Grenchen

Die Verfahren gegen Garzón

Die NZZ vom 10. 2. 12 kommt an zwei Stellen auf den spanischen Richter Baltasar Garzón zu sprechen, der soeben wegen Rechtsbeugung mit einem Berufsverbot belegt wurde, gegen das es kein ordentliches Rechtsmittel mehr gibt. Die Urteilsbegründung ist überaus deutlich ausgefallen. Beispielsweise handle es sich bei der Abhöraktion im Fall «Gürtel» um ein drastisches, ungerechtfertigtes Plattwalzen der Verteidigungsrechte, das für überwundene Zeiten charakteristisch sei.

Der Artikel von Georg Kreis hingegen befasst sich mit dem zweiten Prozess, in dem es um die Frage geht, ob Garzón das Amnestiegesetz von 1977 unter Berufung auf den völkerrechtlichen Schutz der Menschenrechte aushebeln durfte. Da das Berufsverbot aus dem ersten Prozess bereits in Kraft ist, ist der zweite ungeachtet der gleichlautenden Anträge von Verteidigung und Staatsanwaltschaft wahrscheinlich materiell gegenstandslos.

Peter Metzger, Langnau

Renaissance der Kernenergie

Giorgio V. Müller betitelt seinen Kommentar zur Bau- und Betriebsbewilligung für die beiden Kernkraftwerke Vogtle 3 und 4 mit «Pyrrhussieg für die Atomkraftlobby» (NZZ 11. 2. 12). Nun, wer den Beschluss von Bundesrat und Parlament, aus der Atomkraft auszusteigen, als «historischen Entscheid» bezeichnet, mag das Herunterspielen des USA-Ereignisses als richtig empfinden. Wer aber, wie die beiden Unterzeichner, die Weisheit des schweizerischen Behördenbeschlusses nicht nachvollziehen kann, weiss, dass die Erteilung des COL («construction and operation license») durch die Nuclear Regulatory Commission ein wichtiges Signal darstellt für alle Nationen, welche auch nach Fukushima-Daiichi an der Kernenergie festhalten oder, wie z. B. Polen, jetzt erst recht in diese einsteigen. Die Aussteiger Deutschland, Schweiz, Österreich und Italien sind gegenüber den 21 Weiterführenden oder Einsteigern klar in der Minderzahl.

Es stimmt, dass Gaskraftwerke im Moment in den USA billigeren Strom produzieren. Wer aber weiss, wie volatil Öl- und Gaspreise sind, wird sicher nie in der Lage sein, über 60 Jahre Voraussagen über Strompreise aus Gaskraftwerken zu machen, so, wie es mit Kernkraftwerken möglich ist. Dabei spielt der Preis für den Rohstoff Uran die entscheidende Rolle. Sein Beitrag zu den Stromgestehungskosten beträgt im Moment nur etwa 3 Prozent. Auch wenn er sich verdreifacht, ergibt dies nur einen marginalen Anstieg der Gesamtkosten.

Fazit: Wenn jetzt, nach mehr als 30-jährigem Unterbruch, wieder neue Kernkraftwerke in den USA gebaut werden, ist dies kein «Pyrrhussieg», sondern eine veritable «Renaissance».

Ernst Trümpy, ehem. CEO Atel, Hägendorf
Hans-Rudolf Lutz, SVP-Kantonsrat, Lostorf

Nach Giorgio V. Müller scheint die Rechnung für das AKW-Projekt Vogtle 3 und 4 im US-Staat Georgia nur aufzugehen dank einer staatlichen Kreditgarantie (was immer das heisst) und der Kostenübernahme durch die Verbraucher (wie das hier üblich ist). AKW wären ohne diese Unterstützungen, wegen des billigen Fracking-Erdgases und des Fehlens einer US-CO₂-Steuer nicht

SEITENBLICK

Deutschland bleibt ein Rätsel

Ulrich Speck

Eine neue These macht die Runde unter Deutschland-Experten: Deutschland sei, heisst es, eine geoökonomische Macht. Das Land sei einzigartig in seiner Kombination von selbstbewusster Ausübung ökonomischer Macht bei Verzicht auf klassische Machtpolitik, insbesondere auch in Bezug auf deren militärische Aspekte. Während Berlin sich in der Euro-Krise nicht scheue, die EU nach deutschem Bilde umzuformen, habe es sich bei der Libyen-Intervention herausgehalten. Geprägt hat den Begriff der geoökonomischen Macht der Politikwissenschaftler Edward Luttwak 1990. Mit dem Ende des Kalten Krieges verliere militärische Macht an Bedeutung, so Luttwak, an deren Stelle träten ökonomische Machtmittel – Kapital und Innovation statt Raketen und Panzer.

In der Tat hat sich Deutschland seit der Wiedervereinigung nicht zu einer klassischen Mittel- oder Grossmacht entwickelt. Es hat nicht aufgerüstet, hat sich nicht aus europäischen und transatlantischen Bindungen gelöst, strebt keine Hegemonie an über Nachbarn. Deutschland ist vielmehr den Traditionen der alten Bundesrepublik, geboren in der Konstellation des Kalten Krieges, treu geblieben.

Zwar gab es ein bisschen «Militarisierung», vor allem um das Jahr 2000, als Kanzler Gerhard Schröder Deutschland in zwei Kriege führte, Kosovo und Afghanistan. Und es gibt gelegentlich ein bisschen Grossmachtgetöse, wenn etwa ein CDU-Politiker frohlockt, dass Europa jetzt Deutsch spreche. Doch insgesamt ist Deutschland heute, gerade nach der Afghanistan-Erfahrung, kaum weniger pazifistisch gesinnt als zu den Hochzeiten der Friedensbewegung; die Bundeswehr wird gerade weiter eingedampft. Und insgesamt ist Deutschland auch heute kaum weniger multilateral orientiert als in der alten Bundesrepublik.

Gegenüber Griechenland in die Rolle eines Zuchtmeisters hineingerutscht zu sein, ist nicht das Ergebnis strategischer Absicht, sondern eine Folge der Umstände: des ökonomischen Erfolges, der Grösse und der Lage Deutschlands. Nach langem Zögern gab es für Berlin keinen anderen Ausweg mehr, als einen Plan zur Lösung der Euro-Krise vorzulegen. Doch dessen konkrete Ausformung des Planes war zu erheblichen Teilen von innenpolitischen Rücksichten getragen. Angela Merkel wollte nicht das deutsche Modell anderen aufzwingen, sondern die Wähler zu Hause beruhigen: Deutsches Geld gibt es nur gegen Sicherheiten, die den Deutschen einleuchten.

Dass ein Ungleichgewicht zwischen dem ökonomischen Gewicht Deutschlands und seinem Willen zur aussen- und sicherheitspolitischen Machtausübung besteht, stört die Deutschen keineswegs, im Gegenteil. International nicht anzuecken, im Strom mitzuschwimmen, sich in der sicheren Mitte zu bewegen, statt sich wie etwa Frankreich regelmässig aussenpolitisch zu exponieren, entspricht deutschem Selbstverständnis. Die Bundesrepublik versteht sich nach wie vor als Gegenentwurf zum deutschen Machtstaat, der in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts zwei Weltkriege begonnen hat. Und aussenpolitische Zurückhaltung ist ja auch gut fürs Geschäft – deutsche Aussenpolitik kommt den globalen Aktivitäten deutscher Firmen nur in Ausnahmefällen in die Quere.

Zur geoökonomischen Macht fehlt Deutschland die Strategie; ökonomische Stärke wird nicht systematisch als aussenpolitisches Mittel eingesetzt. Und der weitgehende Verzicht aufs Militärische – auffällig gerade auch im Vergleich mit neuen Mächten in Asien, die erheblich aufrüsten – liegt auch begründet in der strategischen Gesamtkonstellation, in die deutsche Staatlichkeit hineingewachsen ist: zum einen die Sicherheitsgarantie durch die USA, zum anderen die Lage mitten in Europa, umgeben von engen EU-Partnern. Macht über andere auszuüben, ob klassisch machtpolitisch oder modern geoökonomisch, bleibt den Deutschen fremd. Dass ihnen dennoch Macht zufällt, ist allerdings ein Schicksal, das sie auf Dauer nicht ignorieren können.

Ulrich Speck ist Publizist und aussenpolitischer Analytiker in Heidelberg.

wettbewerbsfähig. Diese Beurteilung ist nur auf eine nähere Zukunft ausgerichtet. Die Frage einer zuverlässigen und günstigen Stromversorgung in den späteren Jahrzehnten der 60-jährigen Laufzeit dieser zwei US-Reaktoren entzieht sich den Gedankengängen des Reporters; ein Defizit, das auch kennzeichnend ist für die kurzatmige Politik im gesamten deutschsprachigen Raum.

Hans Ulrich Meister, Riehen

Dieser stark negativ gefärbte Artikel hebt sich deutlich ab von den sonst seriösen Artikeln in der NZZ. Der Autor Giorgio V. Müller verkennt die Tatsache, dass weltweit neue Kernkraftwerke gebaut werden und dass in den USA eine realistische Bewertung der Kernkraft erfolgt im Gegensatz zu Deutschland mit dem hys-

terischen Ausstieg aus der Kernkraft. Die Kritik an der staatlichen Kreditgarantie ist unseriös, dies ist bei derartigen Grossprojekten eine weltweit geübte Praxis.

Ludwig Lindner, D-Marl

AN UNSERE LESERINNEN UND LESER

Wir danken allen Einsendern von Leserbriefen und bitten um Verständnis dafür, dass wir über nicht veröffentlichte Beiträge keine Korrespondenz führen können. Kurz gefasste Zuschriften werden bei der Auswahl bevorzugt; die Redaktion behält sich vor, Manuskripte zu kürzen. Jede Zuschrift muss mit der vollständigen Postadresse des Absenders versehen sein.

Redaktion Leserbriefe
NZZ-Postfach
8021 Zürich, Fax 044 252 13 29
E-Mail:leserbriefe@nzz.ch